

Einführung einer Pfandpflicht beim Straßenverkauf von Heißgetränken

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Umsetzung einer EU-Richtlinie in den Bundestag eingebracht, der ein Pfand auf Becher für Heißgetränke zum Mitnehmen einführen soll. Neben einem Pfand auf Einwegbecher soll auch ein Pfandsystem für Mehrwegbecher eingeführt werden. Die Maßnahme soll dazu beitragen, das Müllaufkommen in Deutschland zu reduzieren.

Rechtslage

Abfallvermeidung und Recycling gewinnen sowohl auf deutscher als auch auf europäischer Ebene zunehmend an Bedeutung. Das Europäische Parlament und der Rat der EU haben eine Richtlinie verabschiedet, die die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, das Aufkommen an Plastikmüll zu verringern. In diesem Zusammenhang soll auch die Menge an Bechern für Heißgetränke zum Mitnehmen reduziert werden.

In den vergangenen Jahren wurden bereits an verschiedenen Stellen Pfandsysteme oder Gebühren eingeführt. Ein bekanntes Beispiel für Pfandsysteme ist die Einführung des Einwegpfands in Deutschland 2003. Für Dosen und Einwegflaschen mit Bier, Biermischgetränken, Mineral- und Tafelwässern sowie Erfrischungsgetränken beträgt das Pfand heute 25 Cent. Das Pfand für Mehrwegflaschen wird vom Abfüller bestimmt und beträgt in der Regel 8 oder 15 Cent.

Die Diskussion über die Nutzung von Einwegbechern

Unterwegs stets einen Becher mit einem Heißgetränk dabei haben zu können, wird heutzutage als selbstverständlich angesehen. In unserer modernen Gesellschaft haben sich die Menschen mit ihren eng getakteten Terminkalendern so an die Coffe-to-go-Becher gewöhnt, dass deren Folgen für die Umwelt erst allmählich hinterfragt werden.

Schätzungen zufolge werden in Deutschland jährlich 2,8 Milliarden Einwegbecher verbraucht. Die Becher bestehen in der Regel aus Pappe mit einer Kunststoffbeschichtung. Da sich die Papierfasern im Recyclingprozess nur schwer von der Kunststoffbeschichtung lösen lassen, werden die Becher überwiegend als Reststoffe verbrannt. Zahlreiche Umweltorganisationen halten die Becher daher für umweltschädlich, auch weil sie häufig achtlos weggeworfen werden. Aufgrund ihrer Beschaffenheit werden die Becher dann nur sehr langsam abgebaut. Darüber hinaus beansprucht die Produktion der Becher viele Ressourcen wie Holz und Wasser. Initiativen, die die Nutzung von Mehrwegbechern bewerben oder lokale Pfandsysteme einführen, haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Dies zeigt, dass die Sensibilität für das Thema in der Bevölkerung allmählich wächst.

Gegnerinnen und Gegner einer Regelung für Einwegbecher argumentieren, dass durch ein Pfand oder eine Abgabe lediglich der Preis der Getränke teurer, der Verbrauch aber nicht zurückgehen würde. Die Einführung eines Pfandsystems für Mehrwegbecher sei sehr aufwändig. Die Maßnahme sei nicht nachhaltig, sondern bestrafe die Wirtschaft auf der einen Seite sowie die Verbraucherinnen und Verbraucher auf der anderen Seite.

Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung einer Richtlinie der Europäischen Union

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Pfandpflicht beim Straßenverkauf von Heißgetränken

§ 1

- (1) Verkaufsstellen, die Heißgetränke in Einwegbechern anbieten, sind verpflichtet, ein Pfand in Höhe von 25 ct pro Becher zu erheben.
- (2) Verkaufsstellen, die Heißgetränke zum Mitnehmen verkaufen, sind verpflichtet, diese auch in Mehrwegbechern anzubieten. Auf die Mehrwegbecher ist ein Pfand in Höhe von 1 Euro pro Becher zu erheben.
- (3) Verkaufsstellen, die Heißgetränke zum Mitnehmen anbieten, sind verpflichtet, benutzte Einweg- und Mehrwegbecher zurückzunehmen und das entsprechende Pfand auszuzahlen.

Grundlegende Ansichten der BP

"Bewährtes bewahren" - so lautet das Leitmotiv der Bewahrungspartei (BP). Sie möchte den Fortschritt so gestalten, dass wesentliche Ziele wie stabile Familien, gesellschaftlicher Zusammenhalt, dauerhafter Wohlstand, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Chance auf ein erfülltes Leben nicht aus dem Blick geraten.

Alle Menschen sind nach Überzeugung der Bewahrungspartei gleichberechtigt, jedoch keinesfalls gleich. Der Staat soll deshalb einen Rahmen schaffen, der gleiche Ausgangsbedingungen sichert, aber die Möglichkeit zur individuellen Entfaltung bietet.

Positionen der BP zum Pfand auf Einwegbecher

Die BP sieht ein Pfand auf Becher zum Mitnehmen sehr kritisch.

- Maßnahmen für mehr Umweltschutz müssen sinnvoll und verhältnismäßig sein. Becher stellen in Deutschland sicherlich nicht die wichtigste Ursache für Umweltverschmutzung dar. Deutschland hat bereits ein effizientes Mülltrennungssystem und als eines der wenigen europäischen Länder ein Pfandsystem für Flaschen und Dosen.
- Kleinteilige Maßnahmen wie ein Pfandsystem für Becher schaffen unnötigen Aufwand für die Wirtschaft sowie die Verbraucherinnen und Verbraucher. Insbesondere die Unterscheidung zwischen Einweg- und Mehrwegpfand ist kompliziert und sehr aufwändig für die Unternehmen. Die BP fürchtet durch eine derartige Vorschrift die Tür zu öffnen für eine Reihe unterschiedlicher Regelungen für Verpackungen. Als nächstes könnten ein Pfand auf Pizzakartons oder Gebühren auf Sandwichtüten folgen.
- Ein Pfand verteuert zunächst den Kaffeeverkauf und führt dazu, dass weniger Kaffee konsumiert wird. Dies schadet sowohl den Verkaufsstellen, die Kaffee zum Mitnehmen anbieten, als auch den Unternehmen, die Kaffee produzieren. Dieses Problem betrifft vor allem Kaffee, aber auch andere Getränke.
- Umweltschutz funktioniert nur in Zusammenarbeit mit den Unternehmen. Ein gutes Beispiel für einen gemeinsamen Weg ist die Selbstverpflichtung zur Erhebung von Gebühren auf Kunststofftragetaschen, der sich die Unternehmen freiwillig anschließen konnten.
- Ein Pfand auf Becher schränkt die Verbraucherinnen und Verbraucher zu stark ein. Kaffee ist das beliebteste Getränk in Deutschland; im Jahr 2016 lag der Konsum bei 162 Liter Kaffee pro Kopf. Es sollte möglich sein, sich spontan einen Kaffee zu kaufen, ohne sich Gedanken darüber zu machen, welchen Becher man nutzen will, wo der Becher aufgehoben und wie er wieder in das Geschäft zurückgebracht wird.

Die Strategie der BP bei diesem Gesetzentwurf

Die BP sieht sich als Volkspartei, die die Interessen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, aber auch der Wirtschaft berücksichtigt. Sie legt die Schwächen der Argumentation der Regierungsparteien schonungslos offen und zeigt der interessierten Öffentlichkeit durch ihre Arbeit, dass sie besser in der Lage wäre, das Land zu führen